

Alvar C.H. Freude | Ludwig-Blum-Straße 37 | 70327 Stuttgart

An die Kandidaten der SPD für den  
17. Deutschen Bundestag, Mitglieder des 16.  
Deutschen Bundestages und die Delegierten des  
außerordentlichen Bundesparteitags am  
14. Juni 2009

Stuttgart, den 12. Juni 2009

**Sehr geehrte Kandidatin, sehr geehrter Kandidat,  
sehr geehrte Delegierte, sehr geehrter Delegierter,**

Familienministerin Ursula von der Leyen und die CDU/CSU möchten ein Webseiten-Sperrsystem etablieren, um die Verbreitung der Darstellung sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet einzudämmen. Kinderpornographie dokumentiert schreckliche Verbrechen. Was kann man gegen diesen Gesetzentwurf, der den Zugang zu solchen Bildern erschweren will und über den nächste Woche im Bundestag entschieden werden soll, überhaupt einwenden?

**Wir finden: Eine ganze Menge!**

### **Ungeeignete Maßnahme**

Webseiten mit einem Sichtschutz zu versehen, wie es Frau von der Leyen plant, ist ein vollkommen ungeeignetes Mittel im Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornographie. Es ist lediglich der Ausdruck eines hilflosen Aktionismus und der Beleg für ihre eigene Untätigkeit bei diesem Thema. Richtiger wäre, Dateien mit der Darstellung des sexuellen Missbrauchs von Kindern sofort zu löschen und nicht unverändert im Netz zu belassen! Denn bei Sperrungen auf Zugangsebene bleiben die Inhalte unverändert im Netz und können von Kriminellen ohne besonderes Fachwissen weiterhin problemlos abgerufen und weiter verbreitet werden.

### **Löschen statt Sperren**

Statt wirkungslose Sichtblenden zu errichten, müssen die Inhalte zügig gelöscht werden. Anders, als BKA und Frau von der Leyen Ihnen weismachen wollen, ist eine Löschung zeitnah möglich. Die Verbreitung von Kinderpornographie ist international geächtet. Gerade in den letzten Jahren hat sich die Gesetzeslage in vielen Ländern in dieser Hinsicht deutlich verbessert.

Der *Arbeitskreis gegen Internet-Sperren* hat es erst kürzlich geschafft, innerhalb von 12 Stunden 61 Webseiten mit kinderpornographischen Darstellungen aus dem Internet zu entfernen – darunter fünf in Deutschland. Wie das gelungen ist? Mit Hilfe einfacher E-Mails an die Provider und der Bitte um Löschung.

Details dazu finden Sie hier:

<http://ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html>

Was einer kleinen Gruppe von Netzaktivisten gelingt, sollte Regierung und BKA nicht vor unlösbare Probleme stellen, finden Sie? Leider scheint genau dies der Fall zu sein. In der Praxis scheitert die zeitnahe Löschung entdeckter kinderpornographischer Webseiten vor allem an der schlechten Zusammenarbeit der internationalen Polizeibehörden.

Die ehemalige CDU-Internet-Expertin Martina Krogmann war sich noch nicht einmal zu schade, diese unglaubliche Geschichte gravierender Versäumnisse mit der Rücksicht auf internationale Befindlichkeiten und den Dienstweg zu entschuldigen.

Nach einer Studie der Universität Cambridge bleiben Webseiten mit Kinderpornographie aufgrund mangelhafter internationaler Koordination der Polizeibehörden durchschnittlich 30 Tage nach Bekanntwerden im Netz. Betrügerische Webseiten, mit denen Kontodaten von Bankkunden ausgespäht werden sollen, sind dagegen im Schnitt nach 4 bis 8 Stunden entfernt, weil sich die Banken direkt darum kümmern. Hieran sollten sich das Familienministerium und die zuständigen Behörden ein Beispiel nehmen!

Details dazu finden Sie hier:

<http://ak-zensur.de/2009/06/bka-dienstweg.html>

## **Verfassungsrechtliche Bedenken**

Bei der Anhörung im Bundestag am 27. Mai wurden von namhaften Experten massive verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Nehmen Sie diese Bedenken ernst!

So kritisierte der renommierte Medienrechtler Dr. Dieter Frey in seiner Stellungnahme auf das Schärfste die fehlende, verfassungsrechtlich jedoch gebotene, Normenklarheit und Normenbestimmtheit des Gesetzentwurfs. Darüber hinaus stellte Frey sowohl die Wirksamkeit, wie auch Verhältnismäßigkeit der geplanten Maßnahme in Frage.

Dr. Matthias Bäcker, Professor für Öffentliches Recht an der Uni Mannheim, bezweifelte in der Anhörung darüber hinaus die Gesetzgebungskompetenz des Bundes, so dass das Gesetz bereits aus diesem Grund verfassungswidrig wäre.

Details dazu finden Sie hier:

<http://netzaktivisten.eu/wiki/StellungnahmenAnalysen>

## Das Gesetz ist der Einstieg in die Internet-Zensur

Der Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg Thomas Strobl hat bereits die Ausweitung der Internet-Sperre auf „Killerspiele“ gefordert, andere wollen die Sperren auf Glücksspiel ausdehnen und wieder andere wollen ihre Urheberrechte durchsetzen. Damit erweist sich der Kampf gegen Kinderpornographie als Vorwand zur Etablierung eines Sperr-Systems und als Einstieg in das Zeitalter der Internet-Zensur in Deutschland. Annette Marberth-Kubicki hat in ihrem Aufsatz in NJW 2009, 1792 festgestellt:

Hat sich das Instrument der Internetsperre erst einmal etabliert, wird es nicht nur zum Kampf gegen Kinderpornografie eingesetzt werden. Die Nutzung wird dann auch zur Verhinderung anderer unzulässiger oder nur unerwünschter Inhalte des Internets ausgedehnt werden. Schon jetzt werden Forderungen nach der Blockade von Glücksspielen, Sportwetten, Killerspielen, Urheberrechtsverletzungen, politischer Propaganda etc. erhoben.

Das Zeitalter der Internet-Zensur hat endgültig begonnen.

Wir meinen: Lernen wir aus der Geschichte! Eine Partei wie die SPD muss dieser Gefahr für die Freiheit von Meinung und Demokratie entschieden entgegen treten!

## Kann die SPD dieses Gesetz überhaupt ablehnen?

Manche meinen, die SPD dürfe das Gesetz nicht ablehnen, selbst wenn sie es gemeinsam mit den Internet-Experten als falsch und schädlich erkannt hat. Doch auch wenn das Ringen um Verbesserungen im Detail die SPD-Fraktion ehrt: Es ist egal, wie das Gesetz letztendlich ausgestaltet ist. Denn es geht um eine grundsätzliche Entscheidung: In Deutschland darf keine Zensur-Infrastruktur entstehen!

Nehmen Sie die Bedenken der Wählerinnen und Wähler ernst, wenn der kommende (Online-) Wahlkampf und die Wahlen am 27. September 2009 nicht zum Desaster werden sollen. Die Erwartungen

der Menschen an die SPD sind hoch: Die „Generation Internet“ steht „ZensUrsula“ und ihrer Initiative fassungslos gegenüber. Hunderttausende Menschen wären enttäuscht, wenn sich die SPD in dieser Frage genauso fortschrittsfeindlich und populistisch verhalten würde, wie es CDU und CSU tun.

### **Initiativantrag unterstützen!**

Deshalb: Helfen Sie mit Ihrer Stimme auf dem Bundesparteitag mit, diesen Unsinn zu stoppen! Setzen Sie sich dafür ein, effektiven Kinderschutz zu betreiben und Kriminelle zu verfolgen, anstatt deren Taten nur zu verstecken! Helfen Sie mit, dass die Sozialdemokratie auch im Internet-Zeitalter die Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen kann! Und zeigen Sie Achtung gegenüber den großartigen Errungenschaften der Netzgemeinschaft, auf die die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht mehr verzichten kann.

Sie haben die Gelegenheit, die Reißleine zu ziehen und die kontraproduktiven, gefährlichen Pläne aus der Feder von Frau von der Leyen zu stoppen. Setzen Sie sich am kommenden Sonntag auf dem SPD-Parteitag für den Initiativantrag *„Löschen statt Sperren: Kinderpornographie wirksam bekämpfen, Internetzensur verhindern!“* ein und, stimmen Sie gegen die Errichtung einer Zensur-Infrastruktur.

Herzlichen Dank und freundliche Grüße

Alvar C.H. Freude

Im Namen des Arbeitskreises gegen Internet-Sperren und Zensur, <http://ak-zensur.de/>

PS:

Bei Rückfragen erreichen Sie uns per E-Mail unter [info@ak-zensur.de](mailto:info@ak-zensur.de) oder telefonisch unter der Nummer (01 79) 13 46 47 1 oder (07 11) 50 70 825